

Knaur.

Thomas
Wieczorek



Vom Autor
des Bestsellers
*Die verblödete
Republik*

... DIE GEPLÜNDERTE REPUBLIK

Wie uns Banken, Spekulanten und
Politiker in den Ruin treiben

Thomas Wieczorek

Die geplünderte Republik

Wie uns Banken, Spekulanten und
Politiker in den Ruin treiben

Inhaltsübersicht

Danksagung

Ich kann freilich nicht [...]

Vorwort

Die geplünderte Republik – die unendliche
Geschichte

- Griechenland als Nachfolger der Hypo Real Estate
- Schuldig, aber sauber: Spekulanten und Rating-Agenturen
- Mehr Kinder müssen her – aber bitte nur aus der Oberschicht
- Das kranke Gesundheitssystem
- Boni – belohnte Schlamperei
- Afghanistan – Man gönnt sich ja sonst nichts
- Einfache Rechnung: Die Armen habens ja
- Der »Prüfstand«

Einleitung

- 1. Kein Erdbeben
- 2. Am Markt vorbei
- 3. Jede Menge Kohle

Teil I Die Krise, das unbekannte Wesen

- 1. Lob und Tadel für die Raffgier
- 2. Grundübel Spekulation?

- 3. Was die Krise verschärft hat
 - Betrug, Insiderhandel, Untreue
 - Kontrollen – Ein Hund bewacht das Wurstpaket
 - Geratenes Rating?

Teil II Der Steuerzahler hat's ja – Die Rettungspakete

- 1. Private Pleitebanken
 - Commerzbank: Wenn Bild der Linkspartei recht gibt
 - Hypo Real Estate – Ein Fass ohne Boden
 - Die Nebelkerze »systemrelevant«
 - Deutsche Bank: Die stillen Absahner
- 2. Unter Staatsregie in den Schlamassel
 - Muss man die HSH Nordbank retten?
 - BayernLB: Zielstrebig ins Desaster
 - WestLB: Eine Bank mit langer Skandaltradition
 - LBBW: Zockerbank im Musterlände
 - IKB – Protokoll einer Katastrophe
- 3. »Aus vollen Händen«: Der Konjunkturschirm
 - Die Opel-Posse: Lehrstück alternativloser Marktwirtschaft
 - Werftenrettung: Holzmann lässt grüßen
 - Ein neuer Name ist wie ein neues Leben: Arcandor
 - Schaeffler scheffelt – Abwrackprämie für Golfschläger

- Die Musikanten sind auch schon wieder da
- Teil III Die Böcke als Gärtner
- 1. Oswald Metzger,
 - 2. Michael Hüther,
 - 3. Hans-Olaf Henkel,
 - 4. Meinhard Miegel,
 - 5. Hans-Werner Sinn,
 - 6. Bert Rürup,
 - 7. Thomas Straubhaar,
 - 8. Bernd Raffelhüschen,
 - 9. Arnulf Baring,
 - 10. Die Propagandisten der Ausplünderung – Die INSM

Teil IV Der Schwarzmaler-Wettbewerb

Teil V Ausplünderung

- 1. Heuchelei als Prinzip
- 2. Die Mär vom Übel der Staatsverschuldung
- 3. Demagogen in Hochform: Verantwortung für unsere Kinder
 - Klimaschutz schadet der Wirtschaft
- 4. Die Ausplünderung der Kommunen
 - Städte verzocken Millionen Steuergelder
 - Die naiven Cleveren
 - Die »seriöse« Geldgier
 - Finanzkollaps und Privatisierung
 - Die verhasste »bankenfeindliche« Alternative

- 5. Das Plündern der Lebensqualität
 - Heuschrecken – Die Plünderweltmeister
 - Der geplünderte Sozialstaat
 - Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit
 - Lieber reich und gesund
 - Opfer Mittelschicht?
 - Plünderkomplize Gewerkschaft
 - Die doppelte Rentenlüge
 - Geplanter Lehrermangel
 - Die Plünderung der Schulbildung
 - Kirchliche Kassierer
 - Plünderkritik pervers
- 6. Der enteignete Staat
- 7. Man gönnt sich ja sonst nichts: Diäten und Amtsbezüge
 - Dienst ist Dienst
 - Wahlkampf de Luxe auf Staatskosten
 - Ritter vom schnellen Euro: Die Berater
 - Lobbyisten – Die Hilfstruppen der Plünderung
- 8. Buhmann Öffentlicher Dienst
 - Personalkosten
 - Groschengrab Beamte
 - Kostenfalle Pensionen
- 9. Die »legale« Verschwendung
 - Umweltsubventionen für Umweltmuffel?

- Abfindungen – Goldene Handschläge in Zeiten der Krise
- Das Verschwendungsfestival
- 10. Der Ehrenamtliche ist der Dumme
- 11. Die Plünderung der Öffentlich-Rechtlichen
- 12. Abgehakt? Die Plünderung der DDR

Teil VI Der ultimative Steuercoup

Teil VII Wege aus der Krise

- 1. Der Staat als »Geisel des Kapitalismus«
- 2. Operation »Weiter so!«
- 3. Der Staat als Regulator
- 4. Wahlkampf-Fantasy
 - Arbeitsplätze
 - Energie
 - Mittelstand
 - Infrastruktur
 - Bildung
 - Gleichstellung
- 5. Strukturwandel

Teil VIII Die wirre Hoffnung auf einen Zusammenbruch

Teil IX Was lange gärt ...

Teil X Was hat der Papst damit zu tun?

Anhang

- »Wie alles begann« – Die Krisenchronik
 - 2007. Kapitel

- 2008. Kapitel
- 2009. Kapitel
- Literatur

Zuerst kommt der Mensch, dann die Wirtschaft. Sie ist keine Herrscherin, sondern sie besitzt eine dienende Funktion.

Rita Süßmuth

Danksagung

Mein herzlicher Dank für ebenso konstruktive wie aufmunternde Mitarbeit durch Diskussionen, Hinweise und Ratschläge gilt besonders Klaus Kampa, Helge Meves, Wolf-Dieter Narr, Ernst Röhl, Peter Saalmüller, vor allem aber Henning Voßkamp und Karin.

Ich kann freilich nicht sagen, ob es besser werden wird,
wenn es anders wird; aber so viel kann ich sagen: Es
muss anders werden, wenn es gut werden soll.

Georg Christoph Lichtenberg

Vorwort

Auch wenn es Vertreter von Politik, Medien und Wirtschaft ständig behaupten und Hinz und Kunz es nachbeten: Die vermeintliche »Weltfinanzkrise« ist keinesfalls eine globale Krise. Sie betrifft die großen westlichen Industrienationen und ihre Finanzmetropolen wie Frankfurt, Zürich, New York, London und Tokio. Andere, teils noch viel größere Volkswirtschaften wie Indien oder China, brachen zwar bei ihren Exporten und als Folge davon auch im Wachstum ein, aber im Vergleich mit den gigantischen Crashes im Westen war dies geradezu harmlos. Ähnliches gilt auch für andere »Schwellenländer« wie Argentinien, Australien, Brasilien, Indonesien, Saudi-Arabien und Südafrika. In vielen dieser Staaten und in den meisten Ländern dieser Welt geht es gar nicht oder nur ganz am Rande um Finanzkrise, Börsenabstürze, Bankenzusammenbrüche, Managergehälter oder Boni, sondern um unvorstellbare Armut, um verhungernde Kinder oder um Aids.

Deshalb kommt es keineswegs unerwartet, dass seit dem G-20-Gipfel von Pittsburgh Ende 2009 vor allem die großen Staaten wie Brasilien, China und Indien sehr selbstbewusst und vor allem einheitlich auftraten. »Wir hatten es diesmal mit einer Wand zu tun«, klagte man in der deutschen Delegation. Die Drohung: »Entweder ihr macht große

Konzessionen bei der Reform der internationalen Organisationen, oder wir lassen den Gipfel platzen.« [\[1\]](#)

Hier findet die wahre Globalisierung statt, ob es den reichen Nationen nun passt oder nicht. Und nur wer dies zumindest im Hinterkopf hat, kann sich mit dem nationalen Problem Geplünderte Republik seriös auseinandersetzen.

Wer aber sind nun eigentlich die wahren Plünderer der Republik, die wirklichen Schmarotzer und Parasiten, das »arbeitsscheue Gesindel«?

Diejenigen, die 30 Jahre lang ehrliche Arbeit geleistet haben, um sich dann von den häufig geistig-moralisch oder fachlich minderbemittelten »Dienstleistern« der Arbeitsagentur beschimpfen und niedermachen zu lassen?

Oder diejenigen, die ihr Vermögen geerbt haben und sich auch und gerade während der Wirtschaftskrise ein schönes Leben machen, sich mit Glamour-Girls oder mit Gigolos vergnügen, denen sie mal eben fünf Millionen Euro rüberschieben können? Oder warum sonst frohlockt Welt Online am 21. Juli 2009: »Luxusmode: Die Haute Couture trotz der Wirtschaftskrise«? Und die Baseler Zeitung titelt am 10. August 2009: »Ferraris neuer Flitzer gegen die Krise«.

All dies ginge in Ordnung, hieße es in Artikel 1 des Grundgesetzes: »Die Rechte der Erben, Spekulanten, Aktionäre und anderer Bezieher leistungsloser Einkommen sind unantastbar.« Stattdessen heißt es dort aber: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Ebenso verhält es

sich mit dem Sozialstaat. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat, steht in Artikel 20, womit das Entstehen der Starken für die Schwachen keine Frage von Lust, Laune oder Mildtätigkeit ist. Und dass Eigentum verpflichtet, ist durch den Artikel 14 Verfassungsgebot: Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. Und der Artikel 15 geht noch weiter: Der Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.

Vor diesem Hintergrund bedeutet die Frage nach den Ursachen der geplünderten Republik, inwieweit und ob überhaupt die Starken ihren verfassungsmäßigen Pflichten gegenüber dem Gemeinwesen nachkommen. Insofern mutet es geradezu skurril an, dass ausgerechnet die Superreichen in Form der Rettungsschirme zwei- bis dreistellige Milliardenbeträge forderten und auch erhielten, während für die Renovierung von Schulen und die Einstellung von Lehrern oder Erziehern kein Geld da ist.

Fast erinnert das Ganze an die letzten Tage von Pompeji oder den Untergang des Römischen Reiches: Man greift ab, was nur abzugreifen ist, wohl wissend, dass sowieso bald alles vorbei ist.

Nun führen nicht nur viele Wege nach Rom, sondern auch zur Plünderung unserer Republik. Der nach wie vor beliebteste ist die Privatisierung. Der Staat verscherbelt im wahrsten Sinne des Wortes »alles Mögliche«, und die Zeche zahlt – wer auch sonst? – die Bevölkerung: Ob irrwitzige Preise für Strom, Gas oder Wasser, eine teilweise lebensgefährliche und unzuverlässige Bahn oder indiskutable Zustände in Krankenhäusern – hinterher ist das Geschrei der Politheuchler groß. Dabei ist die Desasterserie kein Wunder: Das hochtrabende Wort Investor bezeichnet ja nur einen Menschen, der Geld irgendwo hineinsteckt und es ohne einen eigenen Handschlag optimal vermehrt haben will: Auch ein Lottospieler ist in diesem Sinne ein Investor.

Unterm Strich bestätigt sich die alte Volksweisheit: Nur die Reichen können in einem armen Staat leben. Während die Supermarktkassiererinnen Emma Krause und der Möbelpacker Erwin Lehmann kaum die Schulbücher für ihren Nachwuchs bezahlen können, vergnügen sich die Berufssöhne und -töchter der »Besserverdiener« am Swimmingpool Schweizer Elitelynasien, lassen ihre geistige Unterbelichtung durch Heerscharen von Privatlehrern therapieren und haben ja ohnehin schon eine Lebensstellung als Nachfolger in Papis Firma sicher. Oder?

Hinzu kommt das streng gehütete Mysterium der Gläubiger des hochverschuldeten Staates. Die Antwort auf die Frage, wer am Ende wirklich die Zeche zahlt, lautet nämlich: Da die Staatsschulden vorwiegend aus

Staatsanleihen, Bundesschatzbriefen und Ähnlichem bestehen, sind es die Bürger selbst. Wobei wir wieder beim Problem landen, wer denn »die Bürger« überhaupt sind. Besitzt eine alleinerziehende Mutter mit einem Putzfrauenjob genauso viele Staatsanleihen wie ein Milliardenerbe, ein Großkonzern oder eine FDP-Bundestagsabgeordnete? Nimmt man noch die simple Tatsache hinzu, dass Bundesschatzbriefe jeder kaufen kann, also auch russische Wirtschaftskriminelle oder nahöstliche Emirate, wird es vollends undurchsichtig.

Was dem Normalbürger bleibt, ist die Gewissheit, letztendlich auf der Rechnung sitzenzubleiben und sie begleichen zu müssen.

Die besondere Pointe dabei ist, dass es sich bei der geplünderten Republik keinesfalls um eine Fehlentwicklung, sondern um die klassische Form unserer innig geliebten Marktwirtschaft handelt. Alle anderen Varianten der Erklärung folgen der Logik: »Wasch mich, aber mach mich nicht nass.«

Den inneren – und auch logischen – Zusammenhang von Marktwirtschaft und Ausplünderung der Gesellschaft erhellte im Sommer 2009 der große Skandal um die Halbgötter in Weiß. »Ärzte sahen bei Klinik-Einweisungen ab«, gab der der Focus preis. [\[2\]](#) So bezahlten Kliniken nach Insider-Angaben immer öfter Ärzte, wenn sie ihnen Kranke zur Behandlung schicken. Medizinische Gründe stehen dabei offenbar kaum im Vordergrund. Krankenhäuser

zahlen nach Recherchen der Frankfurter Allgemeinen Zeitung für einen Patienten, der eine neue Hüfte bekommt, bis zu eintausend Euro. Und mittlerweile sei dies in allen Fachrichtungen üblich. »Dass niedergelassene Ärzte von Krankenhäusern Prämien für die Einweisung von Patienten erhalten, ist ein unfassbarer Skandal«, moniert der Vorstand der Patientenschutzorganisation *Deutsche Hospiz Stiftung*, Eugen Brysch.

Ebenso kritisiert die Deutsche Gesellschaft für Urologie (DGU), vor allem in Ballungsräumen sei die Konkurrenz unter den Kliniken groß. Die Häuser gingen zunehmend dazu über, Ärzte für Patienten mit bestimmten Diagnosen zu bezahlen. Laut DGU handelt es sich um Summen, die das 10- bis 20-Fache des normalen Honorars für Urologen pro Quartal und Patient ausmachen. Dabei ist die DGU noch eher höflich: »Ob die Zuweiser die Prämie fordern oder annehmen – es bleibt ein juristisch und ethisch überaus fragwürdiges Prozedere.« Deutlicher wird das schon Ärztepräsident Jörg-Dietrich Hoppe. Geld für eine Einweisung zu nehmen, sei »total verboten«. Doch die Medizin sei in hohem Maß kommerzialisiert. »Da halten die Ehrenkodexe nicht mehr.«

Patientenschützer Brysch nennt auch »die Opfer solcher Machenschaften«, nämlich »in erster Linie die Schwerstkranken und Sterbenden«. In ihren letzten Lebensmonaten würden sie im Schnitt fünfmal zwischen Pflegeheim und Krankenhaus hin und her überwiesen.

Unterm Strich bleibt die Erkenntnis, dass trotz des Ansteigens der Arbeitsproduktivität und des gesamtgesellschaftlichen Reichtums neben dem Einkommen auch die Lebensqualität der Normalbürger rapide abnimmt und dass dies offenbar ein Grundgesetz der Marktwirtschaft ist.

Die Plünderung der Gesellschaft hat viele Gesichter unterschiedlichster Größe und Qualität, wobei den Rettungsschirmen für Banken und die Realwirtschaft der eindeutige Spitzenplatz zukommt. Den Staat wegen seiner »Einmischung« beschimpfen, in der selbstverschuldeten Not aber Geld von ihm nehmen und dann noch dreister weitermachen als zuvor: So lautet die wahre neoliberale Logik.

Man darf gespannt sein, wie lange die Bürger sich das bieten lassen. 28,8 Prozent Nichtwähler und eine Kanzlerin, der nicht einmal jeder fünfte Wahlberechtigte seine Stimme gab, sprechen eine deutliche Sprache. ^[3] Die Bundestagswahl 2009 brachte der FDP, die in den Augen der Bevölkerungsmehrheit wohl wie keine andere Partei für Sozialabbau, Privatisierung und Steuersenkungen für die Bestverdiener und Mächtigen steht, also für die Ausplünderung der Gesellschaft durch Wirtschaft und Wohlhabende, mit 14,6 Prozent (10,5 Prozent der Wahlberechtigten) das beste Ergebnis in ihrer stets unter Lobbyistenverdacht stehenden Geschichte.

Dies ist auf den zweiten Blick aber so unerklärlich nicht: Etwa ähnlich groß dürfte der Anteil der Krisenprofiteure am Gesamtvolk sein. Und gerade in Zeiten, wo den kleinen Leuten die Verschlechterung ihrer finanziellen und sozialen Lage als »alternativloser Sachzwang« verkauft wird, hofft so manch ein »Besserverdiener« auf eine Fortsetzung der Umverteilung von unten nach oben.

Andererseits ist es ja genau das, was – frei nach dem französischen Regisseur Claude Chabrol – den diskreten Charme der Marktwirtschaft ausmacht.

Die geplünderte Republik – die unendliche Geschichte

Wenn es brennt, muss das Feuer gelöscht werden, auch wenn es Brandstiftung war.

Peer Steinbrück am 15. Oktober 2008

Schon bei Erscheinen des Buches im März 2010 war absehbar, dass es bald einer Aktualisierung bedürfe. Eine Horrormeldung jagte und jagt die andere, so dass man sogar mit dem Haareraufen vorsichtig sein muss, weil man sonst bald keine mehr hat.

Die Ausplünderung des Staates und ihrer Bürger durch die Reichen und Mächtigen gehört zur Marktwirtschaft wie das Schießseisen zum Revolverhelden. Sogar milliardenschwere Zockerschulden der Banken und Konzerne werden dem Steuerzahler aufgebürdet.

Griechenland als Nachfolger der Hypo Real Estate

Beim Ablasshandel im Mittelalter drohte man dem gottesfürchtigen Christen mit dem Höllenfeuer, wenn er sich nicht mit irdischen Talern von seinen Sünden freikaufe – zahlbar selbstverständlich an die Kirchenfürsten.

Heute heißt die Drohung, mit der die Bürger finanziell erleichtert werden, *Systemrelevanz*. Die Drohung: Würde der Steuerzahler nicht einigen Großbanken insgesamt dreistellige Milliardenbeträge spendieren, so drohe der Zusammenbruch des Systems, wenn nicht sogar der Untergang des Abendlandes.

Was kürzlich so vorzüglich funktioniert hat, lädt geradezu zur Wiederholung ein – und zwar auf EU-Ebene.

Diesmal heißt die *Hypo Real Estate* Griechenland, zu dessen Rettung EU und Internationaler Währungsfonds (IWF) am 2. Mai 2010 ein Rettungspaket von 140 Milliarden Euro beschlossen, wovon Deutschland etwa 25 Milliarden zu tragen hätte. Wenn der Steuerzahler nicht blute, stünde sogar die gemeinsame Währung auf dem Spiel. »Euro in Gefahr«, titelt der normalerweise seriöse *Tagesspiegel*. Und der in Panikmache schon als Innenminister profilierte Wolfgang Schäuble warnte in seiner Rolle als Finanzminister, es gehe »um die Stabilität des Euro als Ganzes« [\[4\]](#). Auf Grundlage dieser Horrorvisionen stieg nur fünf Tage später der Umfang des

Gesamtpakets auf 700 und der deutsche Beitrag auf 123 Milliarden Euro.

Dies alles erscheint vom Niveau her wie eine Mischung aus Schutzgelderpressung und der Drohung mit dem »Schwarzen Mann« gegenüber unartigen Kindern. Doch kaum jemand, die meisten TV-Ökonomen nicht und die selbsternannten »Experten« unter den Journalisten erst recht nicht, könnte den Zusammenhang zwischen Hellas-Krise und Euro-Stabilität schlüssig und wahrheitsgemäß erklären. [5] Aber darum geht es ja auch gar nicht. Vielmehr sollen die EU-Bürger mit Gruselszenarien genötigt werden, die Zeche zu zahlen.

»Deutschland schröpft die Geringverdiener«, titelt die *Süddeutsche Zeitung* am 11. Mai 2010. Rund 46 Prozent an Steuern und Sozialabgaben müssen Alleinerziehende und Singles mit wenig Einkommen abdrücken. Unter den 30 Staaten der *Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung* (OECD) zahlen die sogenannten kleinen Leute nur in Belgien und Ungarn noch mehr. Aber Roland Koch ist dies noch nicht genug. In einer »Kriegserklärung an die Jugend« (*Spiegel*) fordert er drastische Einsparungen bei Kitas und Schulen. [6] Dass Koch am 25. Mai 2010 »aus persönlichen Gründen« seinen Rückzug aus der Politik androhte, sollte man mit Vorsicht genießen. Außerdem steht Koch keineswegs allein: »Bundesländer schlachten ihre Bildungsetats«, bemerkte *Zeit Online* am 20. Mai 2010. [7]

Aber auch das griechische Volk wird kräftig zur Kasse gebeten. Geplant sind:

dreijähriges Einfrieren der Löhne und Gehälter im Öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft,

Abschaffung des 13. und 14. Gehaltes im Öffentlichen Dienst,

Streichung von Sonderzahlungen (für Ostern, Urlaub und Weihnachten) für Pensionen des Öffentlichen Dienstes und der Privatwirtschaft,

Solidaritätsabgabe bei Pensionen von mehr als 1400 Euro pro Monat,

gleiches Pensionsalter für Frauen und Männer im Öffentlichen Dienst. [\[8\]](#)

»Es geht in diesem Wirtschaftsregime schon lange nicht mehr darum, Bedürfnisse zu befriedigen und Wohlstand zu gewährleisten«, schreibt Detlef Esslinger in der *Süddeutschen Zeitung*. »Es ist ein System, das Menschen nicht mehr als Personen in ihrer Ganzheit sieht. Nur noch deren Funktionen nimmt es wahr.« [\[9\]](#)

Ausnahme – wie bei uns – die Superreichen: »Warum retten wir diesen Griechen-Milliardär?«, fragt *Bild* diesmal ausnahmsweise nicht ganz zu Unrecht. Der Reeder, Bankier und vierfache Milliardär Spiros Latsis besitzt für zwölf Milliarden Euro griechische Staatsanleihen. Die hohen Zinsen kann ihm das Land aber nur mit Hilfe der EU-Finanzspritze zahlen. [\[10\]](#) Selbiges gilt, nur in viel größerem Maße, für die Banken, deren Anleihen samt Traumzinsen

ebenfalls abgesichert sind. Dies ist auch der wahre Grund – DAX-Konzerne sind nicht dem Allgemeinwohl, sondern dem Staat verpflichtet – für die symbolische »Unterstützung« der Griechenlandhilfe durch die Banken. »Heucheln statt helfen«, [\[11\]](#) kommentiert *Spiegel Online*.

Der Grünen-Chef im EU-Parlament, Daniel Cohn-Bendit, nennt ein nirgendwo dementiertes Beispiel: »Wir sagen, die Griechen sollen sparen, aber sowohl die französische wie die deutsche Regierung fordern, dass die Verträge mit der Vorgängerregierung über Waffenkäufe nicht angetastet werden. Die Franzosen haben denen Fregatten für zweieinhalb Milliarden Euro verkauft, dazu Helikopter und Flugzeuge. Die Deutschen haben U-Boote im Wert von einer Milliarde in Griechenland abgesetzt.« [\[12\]](#)

Schuldig, aber sauber: Spekulanten und Rating-Agenturen

Dass Griechenland überhaupt in diese Lage kam, hat natürlich nichts mit der »Faulheit« oder dem »Über-ihre-Verhältnisse-Leben« der Griechen zu tun, wohl aber mit Währungsspekulation. Selbst CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt fordert »eine schwarze Liste mit den Namen der Spekulanten, die gegen Griechenland gewettet haben«. Mit Banken, die auf den internationalen Finanzmärkten staatliche Währungen kaputtmachen wollten und auf Staatsbankrotte setzten, dürfe es in Deutschland keine Geschäfte mehr geben. [\[13\]](#)

Auch Christoph Schwennicke betont in *Spiegel Online*, »dass die Spekulanten der internationalen Großbanken das angeschlagene Land aufs Korn genommen und regelrecht zu Tode gehetzt haben. Sie haben wie bei einem Pferderennen gewettet auf Griechenland, Spanien, Portugal – in diesem Fall darauf gehofft, dass der Gaul auf der Strecke zusammenbricht. Sie haben gegen den Euro gewettet.« Und er fordert: »Wer zockt, muss zahlen.« [\[14\]](#)

Eine Schlüsselrolle kommt den berüchtigten Rating-Agenturen zu. Sie seien »die heimlichen Risikomanager der Welt« und hätten »in dieser Rolle verheerende Fehler gemacht«, stellt Hans von der Hagen in der *Süddeutschen Zeitung* fest. So habe die US-Agentur Standard & Poor's (S&P) die Griechenlandkrise mit ihrer Herabstufung

griechischer Anleihen auf Ramschniveau und den Abwertungen von Portugal und Spanien »dramatisch verschärft«. Zugleich seien die Interessenkonstellationen »undurchsichtig«: Erstens, weil jene Institutionen, die die Ratings bekämen, die Agenturen dafür bezahlten. Zweitens, weil die Agenturen kommerziell organisiert sind – hinter S&P steckt beispielsweise der Medienkonzern McGrawHill. Dessen Zeitschrift *Business Week* wird als Flaggschiff der US-Wirtschaft gesehen. Außerdem saßen alle relevanten Agenturen ausnahmslos in den USA, was »eine Wirtschafts- und Industriepolitik durch die Hintertür« ermögliche. [15]

»Sie sind graue Eminenzen, Schattenmänner und Strippenzieher zugleich«, schreibt *Spiegel Online*. »Sie haben enorme Macht über Kredite, Deals, Firmen, sogar Staaten. Doch hinterfragt werden sie selten – geschweige denn zur Rechenschaft gezogen.« [16]

Tatsächlich weiß kein Mensch, wie die Rater zu ihren Urteilen kommen. Die Methoden – wenn es solche überhaupt gibt – sind geheimer als die Saucenrezepte Berliner Currywurstverkäufer. Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman hält das System der Agenturen jedenfalls für »zutiefst korrupt« [17].

Schon im Jahre 2008 wollte die EU-Kommission die Kaffeesatzleser einer verbindlichen Kontrolle unterwerfen. Sogar der Chef der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), Jochen Sanio, regte an, ein unabhängiges Gremium solle künftig unsolides

Geschäftsgebaren von Rating-Agenturen frühzeitig erkennen und so Finanzkrisen vorbeugen. [18]

Dennis Snower, Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft (IfW), findet: »Es kann nicht sein, dass Rating-Agenturen, die die Finanzkrise zu einem großen Teil mitzuverantworten haben, weil sie wertlosen Papieren Bestnoten verliehen haben, immer noch solch eine herausragende Rolle spielen.«

Beispiel gefällig? Einen Tag nach der Herabstufung Portugals und Griechenlands hatte S&P am 28. April 2010 auch die Kreditwürdigkeit Spaniens abgewertet. Der Euro gab binnen Sekunden nach Bekanntwerden der Nachricht ebenso nach wie die Aktienmärkte. [19]

Den tückischen Mechanismus dieser Machenschaften und damit der Marktwirtschaft erläutert Robert von Heusinger in der *Berliner Zeitung*: »Wann ist ein Land pleite? Bei einem Schuldenstand von 120 Prozent gemessen am Bruttoinlandsprodukt, wie ihn die Griechen haben? Japan hat fast 200 Prozent Staatsschulden und gilt als Top-Schuldner. Oder bei einem Haushaltsdefizit von 13,6 Prozent wie in Griechenland? England und die USA haben eine genauso hohe Staatsverschuldung und sind noch obenauf.« Der Starökonom Willem Buiter, seit Januar 2010 im Dienste der Citibank, habe sogar herausgefunden, die strukturellen Defizite in England und den USA seien viel dramatischer als in Griechenland, Portugal und Spanien. Aber »solch rationale Argumente zählen an den Märkten nicht. Ein Land ist dann pleite, wenn es keinen

Kredit mehr bekommt«, weil »kein Vertrauen in die Rückzahlung desselben besteht ... Je mehr Anleger glauben, dass ein Land Probleme hat, seine Schulden zurückzuzahlen, desto höhere Zinsen muss das Land bieten; und je höher die Zinsen, desto wahrscheinlicher ist es, dass das Land die Schulden nie wird zurückzahlen können. Deshalb ist Vertrauen das allerhöchste Gut im Kapitalismus.« [\[20\]](#)

Es geht aber gerade nicht um das Vertrauen der Bürger – auch wenn man die natürlich in Panik versetzen und zum Sturm auf die Bankautomaten treiben kann. Es geht ausschließlich um das Vertrauen der Banken und Spekulanten.

Deshalb hat Heribert Dieter von der Stiftung Warentest durchaus recht mit seiner Warnung, die Griechenlandhilfe sei eine »Einladung an Spekulanten, im nächstschwächeren Staat auch wieder die Zinsen hochzutreiben, bis sie den dortigen Fiskus überfordern und die Euro-Gemeinschaft eintreten muss«. Dieter befürchtet »eine Rutschbahn, von der niemand weiß, wo sie endet« [\[21\]](#).

Um dem richtigen Eindruck entgegenzuwirken, die Kosten der Krise blieben allein beim Steuerzahler hängen, sorgte die BaFin am 18. Mai 2010 für einen »Paukenschlag« (*Süddeutsche*) mit dem Beschluss, bestimmte hochspekulative Finanzgeschäfte bis zum 31. März 2011 zu verbieten, insbesondere die »ungedeckten Leerverkäufe«, bei denen Spekulanten zum Beispiel in der Hoffnung auf sinkende Börsenkurse Aktien

verkaufen, die sie sich vorher nicht einmal geliehen haben. Ebenfalls verboten wurden ungedeckte Leerverkäufe von Anleihen der Euro-Staaten.

Die Zockermeute reagierte prompt: Der Euro fiel mit 1,22 US-Dollar auf den tiefsten Stand seit 2006. [22]

Zeitgleich einigte sich die Koalition am 18. Mai auf eine »Initiative« für eine *Finanzmarktsteuer* auf alle Devisengeschäfte, die der von Globalisierungsgegnern seit Jahren geforderten *Tobin-Steuer* verblüffend ähnelt. Zudem wolle die Regierung in der EU für eine Finanzaktivitätssteuer kämpfen, die im Nachhinein auf Gewinne und Gehälter von Banken erhoben würde, oder gar eine Steuer auf alle Finanztransaktionen. [23]

Der *Spiegel* nennt das Ganze »Volks-Beruhigungssteuer«. Die Frage sei, »wie ernst die Initiativen tatsächlich gemeint sind. Droht womöglich am Ende eine reine Mogelpackung – erdacht zur Besänftigung der aufgebrachtten Wählerinnen und Wähler?« [24]

Nicht zu vergessen: Ein ähnliches Gesetz gab es noch bis zum Ende der Ära Helmut Kohl. Erst Rot-Grün beschloss nach dem Rücktritt des damaligen Finanzministers Oskar Lafontaine unter seinem Nachfolger Hans Eichel die verheerende Körperschaftssteuerreform mit der Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne von Kapitalgesellschaften. [25]

Zusätzliche Kritik erntete Merkel für ihr Vorgehen: »Die Kanzlerin peitscht das Nothilfe-Paket für den Euro durchs Parlament – und beschädigt damit nicht nur die

Demokratie«, heißt es im *Freitag*. Merkel habe »so gehandelt, wie man es von ihr inzwischen schon gewohnt ist. Ihre Politik richtet sich nicht nach Überzeugungen oder Prinzipien aus, sondern vor allem an dem eigenen Machterhalt.« [\[26\]](#)